

Vorbemerkung

#1 Spannend wäre zu erfahren, wie die Kritik an den linken Diskursen explizit ausfällt: unzureichende Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und damit rückläufige Alltagstauglichkeit linker Vorschläge? Unreichende Analyse der Vielfalt dessen, was unter »Migration« subsumiert wird? Symbolische Aufladung des Subjekts »Flüchtling/Migrant«?

#2 Die Unterscheidung »zwischen Forderungen an den Staat und Änderungen, die sich in der linken Denk- und Handlungsweisen« finde ich wichtig und nützlich, aber ich finde sie im weiteren nur selten wieder.

#3 Dass linke Positionen in die Defensive gedrängt sind und es nur wenig Spielraum nach vorne gibt, teile ich, daher auch die Hegemonie-Frage. Ich habe aber den Eindruck, dass ein wesentlicher Aspekt der Hegemonie-Frage bei Dir außen vor bleibt. Hegemonie in politischen Forderungen und Kämpfen setzt voraus und handelt zugleich darum, die (eigene) Sicht auf die Welt hegemonial zu machen, also »ideologische« bzw. Deutungskämpfe zu führen, konkret: eine hegemoniale Sicht auf »Migration« herzustellen. Daher meine Bemerkungen in der Mail zum ersten Punkt. Hier nochmal aufgenommen.

Prinzipielles

#3 Die Migrations-Debatte in Deutschland ist eine kulturkämpferische Debatte. Es sind die »schlechten« Migranten aus Afghanistan, Nahost, Afrika, die als »Problem« gesehen und als »Islamisch/islamistisch« ethnisiert werden. Dieser Kulturkampf (=Deutungskampf) zielt auf eine doppelte Formierung: die Externalisierung von Problemen der bundesdeutschen Verdrängungsgesellschaft (unzureichende Infrastruktur: Wohnungen, Schulen usw.) und die sozialpsychologische Verhärtung, Verpanzerung der bundesdeutschen Gesellschaft, Empathieverlust usw. - mit fließenden Übergängen zur faschistischen Mobilisierung gegen den Anderen, Fremden, das Außen. Will sagen: Linke Hegemonie in der Migrationsfrage ist nur zu haben, wenn am Anfang nicht die Frage der Migration, sondern die Frage des Alltags-Zustandes der Gesellschaft steht. Dabei geht um ganz elementare Fragen des Zusammenlebens: Anstand, Respekt, Verantwortung - »Firniss der Zivilisation«.

#4 Teil der Verdrängungsgesellschaft ist die Abwehr der »Wiederkehr des Verdrängten«, nämlich des Wissens, dass Deutschland das Land mit der drittstärksten Volkswirtschaft ist, mit hohen Exportquoten, mit einem, global gesehen, Oberen Fünftel-Lebensstandard. Jede Urlauberin, die sich außerhalb des Resorts bewegt, weiß das. Und deshalb versteht auch jeder, dass Menschen hier gerne leben würden, wenn sie in ihrem Heimatland keine Perspektive auf ein besseres Leben sehen. Der Volksmund weiß ja auch, dass man hier alles umsonst bekommt. Deshalb die zunehmende Abwehrbereitschaft. Deshalb die anwachsende Niedertracht, Schabigkeit. Zur Hegemonie universeller, linker Werte und Weltdeutungen wird die Linke (ich meine damit nicht (nur) die gleichnamige Partei) nur beitragen, wenn sie die Fragen elementaren menschlichen Anstandes und demokratischen Zusammenlebens zum Thema macht (und darüber Bündnisse wiederherstellt, die an die »Willkommenskultur« anknüpfen).

#5 Erst dann wäre über »Migration« zu reden. Migration ist eine Abstraktion, um vielfältige Phänomene unter einen Begriff zu fassen. Das fängt schon damit an, dass nur über grenzüberschreitende Migration gesprochen wird, die deutsche Binnenmigration aber dethematisiert wird. Das positive Grundrecht, seinen Wohnort zu verlassen, ist für Linke sicher unstrittig. Streitbar ist dann aber schon, wie es mit dem Recht auf irgendwo Ankommen steht und welche Pflichten dem Ankommenden gegenüber der Aufnahme-Gesellschaft entstehen. Ich würde sagen: eine anständige menschliche Behandlung - nicht zuletzt auch aus Verantwortung gegenüber den Folgen der Externalisierung der negativen Wirkungen des eigenen Wohlstandsmodells (das immer wieder klar zumachen, ist für linke Hegemonie unverzichtbar - und eine Vermittlung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens hierzulande auf der einen Seite, die Bereitschaft, sich an diese

Regeln zu halten, sprich: die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes, die nicht abgeschafft werden dürfen; auf der anderen Seite. Von einem zugewanderten Patriarchen darf ich erwarten, dass er sich ändert, wenn er hier dauerhaft leben will usw... Anders formuliert: Für das, was früher mal »Multikulti« genannt wurde, gibt es einen für alle hier Lebenden verbindlichen Rahmen.

#6 Grundsätzlich wäre auch von vorneherein über die verschiedenen Sorten der Migration zu sprechen. Es ist falsch zu sagen, dass alle Migranten in irgendeiner Weise Flüchtlinge sind. Sie sind es nur, weil sie als Nicht-EU-Bürger nur über das Asylrecht/Genfer Konvention legalen Zutritt haben können. Verfolgung als Voraussetzung von Asyl ist etwas anderes als die Suche nach besseren Lebensbedingungen, was gemeinhin als »wirtschaftliche Flucht« oder »Einwanderung ins Sozialsystem« stigmatisiert wird. Das Asylrecht braucht dringend ein Einwanderungsrecht, das Einwanderung aus unterschiedlichen Gründen ermöglicht: zu Bildungszwecken, als zirkuläre Migration (viele gut gebildete Afrikaner kommen, weil sie etwa in Nigeria keine Arbeit finden, aber sie die Bildungskosten an ihre Familien zurückzahlen wollen), als dauerhafte Immigration. Und zu reden wäre über jährliche Kontingente für Klimaflüchtlinge aus Regionen, die für Menschen nicht mehr (lange) bewohnbar sind.

#7 Exit ist keine primäre linke Strategie, teile ich. Aber kollektiver Exit ist auch kein Phänomen, welches von Linken verurteilt, abgelehnt oder so werden sollte. Es sind Entscheidungen, die Subjekte unter anderen Bedingungen getroffen haben, egal ob wohl überlegt oder nicht so gut. Ich finde aber auch deinen Ausblick auf die Multitude zu weit gegriffen, weil zu fern. Linker Internationalismus kann ja vorerst nur heißen, die Welt nicht in National-Containern zu begreifen, sondern eine transnationale Perspektive (die Sicht des anderen) einzubeziehen und in der hiesigen Gesellschaft zu verankern: »walking in my shoes«...

Faktisches

#8 Zu deinem Punkt 4: Ich versuche seit ein paar Jahren dafür zu werben, den täglichen »Raub« des deutschen Sozialstaates zu thematisieren: Ein Sechstel der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zahlt in die Sozialkassen und Einkommenssteuer, ohne das Recht zu haben, über die Verwendung ihrer Gelder mitzuentcheiden, weil sie kein Wahlrecht haben bzw. weil dieses Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft geknüpft ist. Das sollte man thematisieren und eine Reform des Wahlrechts fordern, etwa nach 5 Jahren. Für Linke könnte Vorbild das Wahlrecht für nichtdeutsche Beschäftigte bei den Betriebsratswahlen sein, wodurch die IG Metall in den siebzigern einen Aufschwung erlebt.

Perspektiven

#9 Zu 1 teile ich insofern, dass es eine bessere Ausgestaltung des europäischen Sozialraums geben muss und vielleicht wäre eine europäische Grundsicherung ein Instrument, ein anderes eine europäische Arbeitslosenversicherung. Allerdings dürfte beides auf die EU-Binnenmigration (!) - etwas völlig anderes als zuvor behandelte Migrationssorten - wenig Auswirkungen haben. Die gut gebildeten jungen Griechinnen und Griechen verlassen das Land nicht so sehr wegen aktueller Not, sondern wegen der fehlenden Perspektiven, sich durch eigene Arbeit einen Platz in der Gesellschaft aufzubauen.

#10 Zu 2: Natürlich muss die Offenheit der Grenzen verteidigt werden, mittlerweile geht das aber - siehe Defensive - nur Hand in Hand mit dem Ausbau der Möglichkeiten, Menschen anständig aufnehmen und womöglich auch integrieren zu können. Der Belastungsgrenzen-Diskurs hat ja auf kommunaler Ebene oft einen sehr realen Kern.

#11 Zu 4 und 5: Teile ich ausdrücklich: »Recht und Gesetz« gelten, solange sie nicht geändert werden (womit ausdrücklich das parteipolitische Feld und Regierungen ins Spiel kommen) Alles andere ja fällt unter »zivilgesellschaftliche Mobilisierung«.

#12 Zu 6-8: Ich finde es überlegenswert, zu diesen Punkten auch ein paar »Grundsätze« zu formulieren, etwa: »Keine Klasse mit weniger als 50% Muttersprachlern« - wenn »deutsch« nicht die »Mehrheitssprache« ist, fällt es Kindern viel schwerer, deutsch zu lernen. »Arbeitserlaubnis für alle nach drei Monaten und mehr »training on the job«: für den eigenen Lebensunterhalt sorgen können, unter Kolleginnen bei der Tätigkeit die Sprache lernen, Qualifikation im Arbeitsverhältnis

erwerben - alles Grundsätze, die eigentlich allgemein geteilt werden - wenn es nicht gerade um »schlechte Migranten« geht.

#13 Zu 9. Ich finde es immer noch überlegenswert, einem Vorschlag von Gesine Schwan und anderen zu folgen: möglichst die nationalstaatliche Ebene zurückzudrängen und die Rolle der Kommunen zu stärken, also EU-Gelder für Flüchtlinge direkt an die Kommunen zu leiten; Kommunen, die mehr Flüchtlinge aufnehmen, erhalten zusätzliche Investitionsmittel für Infrastruktur usw. Integration findet nicht in den Staat oder die Gesellschaft statt, sondern in die alltägliche lokale, kommunale Gemeinschaft, gleichzeitig wird dort am besten gewusst, an wem und was es fehlt und zivilgesellschaftliches Engagement hat immer auch den lokalen Gemeinschaftsbezug. So wären vielleicht weitere »Bündnispartner« zu gewinnen.